



MV-Ostseestrategie

Menschen verbinden. Potentiale entfalten.



Kooperation in der Ostseeregion – Akteure und Strategien –

Impressum

Herausgeber und Redaktion:

Ministerium für Wissenschaft, Kultur,
Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern
Referat 220 – Ostseepolitik und -kooperation
Schloßstraße 6–8 • 19053 Schwerin

Telefon: 0385 588-18220

E-Mail: info@mv-ostseestrategie.de

www.mv-ostseestrategie.de

Gesamtgestaltung:

www.lachsvonachtern.de

Bildnachweise:

Susie Knoll, [dotshock/Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com)

Haftungsausschluss:

Alle Informationen in dieser Broschüre wurden sorgfältig geprüft. Trotz aller Sorgfalt können sich Daten und Fakten zwischenzeitlich geändert haben. Eine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen kann daher nicht übernommen werden.

Urheberrecht:

Alle Inhalte dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weiterverwendung der Texte, Bilder oder Grafiken bedarf der schriftlichen Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern.

Kooperation für eine nachhaltige Zukunft: Akteure und Strategien in der Ostseeregion

Vorwort	4
Einführung	5
 I. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit	 6
A. Ostseerat (CBSS – Council of the Baltic Sea States)	6
B. Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM)	8
C. Visionen und Strategien im Ostseeraum (VASAB – Vision & Strategies around the Baltic Sea)	10
D. Nordischer Ministerrat (Nordic Council of Ministers)	12
E. Baltischer Ministerrat (Baltic Council of Ministers)	14
 II. Parlamentarische Zusammenarbeit	 16
A. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC – Baltic Sea Parliamentary Conference)	16
B. Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO)	18
C. Nordischer Rat (Nordic Council)	20
D. Baltische Versammlung (Baltic Assembly)	22
 III. Regionale und kommunale Zusammenarbeit	 24
A. Konferenz der peripheren Küstenregionen (CPMR – Conference of Peripheral Maritime Regions)	24
KPKR Ostsee-Kommission (BSC – Baltic Sea Commission)	26
B. Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC – Baltic Sea States Subregional Cooperation)	28
C. Union der Ostseestädte (UBC – Union of the Baltic Cities)	29
D. Euroregion Baltic	30
E. Euroregion Pomerania	32
F. Partnerregionen MV im Ostseeraum	34
G. STRING – South Western Baltic Sea Transregional Area – Implementing New Geography	36
 IV. EU-Ebene: Ausgewählte Strategien und Programme	 38
A. EU-Ostseestrategie (EUSBSR – EU Strategy for the Baltic Sea Region)	38
B. Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-Verkehr)	39
C. Transeuropäische Energienetze (TEN-Energie)	40
D. Interreg-Programme (Europäische Territoriale Zusammenarbeit)	42
1. Programm Ostseeregion (Baltic Sea Region Programme)	42
2. Programm Südliche Ostsee (South Baltic Programme)	44
3. Programm Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polska	46
 V. Weitere ausgewählte Strukturen	 48
A. Baltic Ports Organisation (BPO)	48
B. Baltic Region Heritage Committee (BRHC)	49
C. Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN)	50
D. Baltic Sea Region Youth Forum (BSRYF)	51
E. Coalition Clean Baltic (CCB)	52
F. ScanBalt	53
G. SUBMARINER – Network for Blue Growth	54

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Vorstellung der MV-Ostseestrategie zum Jahresbeginn 2024 hat Mecklenburg-Vorpommern eine neue Ära der internationalen Kooperation im Ostseeraum für unser Bundesland eingeläutet. Wir wollen uns im demokratischen Ostseeraum noch stärker vernetzen: in der Wirtschaft, in der Bildung und Forschung, in der Kultur, aber auch in der Zivilgesellschaft.

Mehr Zusammenarbeit bietet Chancen für alle Beteiligten. Gemeinsam mit den anderen Ostseeanrainern können wir voneinander lernen, wachsen, und auch nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen für unsere Sicherheit und für den Schutz des Lebens- und Wirtschaftsraumes Ostsee bewältigen, vor denen wir stehen.

Deshalb will Mecklenburg-Vorpommern nicht nur das deutsche Tor zur Ostsee sein, sondern auch das Tor nach Deutschland für den Ostseeraum werden.

Daran arbeiten wir mit der MV-Ostseestrategie verstärkt – aber diese Strategie ist nicht im luftleeren Raum entstanden:

Bereits seit Jahrzehnten pflegt unser Bundesland erfolgreiche Partnerschaften, auf denen wir aufbauen. Und es gibt viele Akteure, die im Ostseeraum aktiv sind: parlamentarische und politische Gremien wie den Ostseerat, die Ostseeparlamentarierkonferenz, aber auch Netzwerke von Häfen, Kulturträgern und Forschungsk Kooperationen.

Auch viele Förderprogramme und Gremien der EU haben den Ostseeraum im Blick und ermöglichen grenzübergreifende Projekte.



Diese Broschüre gibt Ihnen einen Einstieg und einen Überblick über die Vielzahl der Gremien, Netzwerke und Programme, die im Ostseeraum relevant sind.

Hier finden Sie die richtigen Ansprechpartnerinnen und -partner für Ihre Aktivitäten und Ihr Engagement.

Ich lade Sie herzlich ein: Bringen Sie sich ein und werden Sie Teil der großen Ostseefamilie!

Gemeinsam können wir einen friedlichen, sicheren und prosperierenden demokratischen Ostseeraum gestalten, von dem alle freien Staaten rund um die Ostsee und darüber hinaus profitieren.

Ihre

Bettina Martin

Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern

Einführung

Die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist in vielerlei Hinsicht mit dem Ostseeraum verknüpft. Neben den bekannten Herausforderungen wie dem Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft, den Veränderungen durch den demografischen Wandel und der Digitalisierung hat der russische Angriff auf die Ukraine grundlegende Fragen der Sicherheit und einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung aufgeworfen.

Zur Bewältigung dieser Prozesse setzt die Landesregierung auf eine noch engere Zusammenarbeit mit ihren Partnerinnen und Partnern im demokratischen Ostseeraum. Sie ist überzeugt, dass viele der anstehenden Aufgaben gemeinsam besser und schneller bewältigt werden können.

Zu diesem Zweck hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern am 16. Januar 2024 ihre Strategie für die Zusammenarbeit mit dem demokratischen Ostseeraum beschlossen. Mit dieser Strategie bündelt die Landesregierung ihre Prioritäten und Aktivitäten. Dabei setzt sie auf zahlreiche und teils langjährige Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kunst und Kultur, Sport, Jugend und vielzählige Aktivitäten im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Austauschs, der Städtepartnerschaften und der regionalen Partnerschaften.

Mit Hilfe der vorliegenden Broschüre sollen ausgewählte Akteure und Strategien der Zusammenarbeit im Ostseeraum in kurzer und übersichtlicher Weise vorgestellt werden. Sie ist als Handreichung für Personen gedacht, die sich einen ersten Überblick über die verschiedenen Ebenen und Bereiche der Zusammenarbeit verschaffen wollen, um sich zu orientieren und die richtigen Ansprechpartner für eigene Aktivitäten zu finden.

Angesichts der Vielfältigkeit der Kooperationsformate wird ausdrücklich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Nicht berücksichtigt werden etwa die zahlreichen bilateralen Partnerschaften der Kommunen und Landkreise aus Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum oder die ebenfalls sehr wichtige projektbezogene Zusammenarbeit. Für letztere wird u.a. auf die Internetseiten der einschlägigen Förderprogramme verwiesen, insbesondere der in der Broschüre genannten Interreg-Programme.

Ferner ist zu beachten, dass die Zusammenarbeit einer dynamischen Entwicklung unterliegt. Im Laufe der Zeit mögen Kooperationsformate an Kraft verlieren, während sich neue Strukturen entwickeln. Diese Broschüre soll daher in Abständen immer wieder angepasst und aktualisiert werden.

I. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit



A. Ostseerat (CBSS – Council of the Baltic Sea States)

Sitz: Stockholm, Schweden

Gründung: Der Ostseerat (CBSS) wurde am 6. März 1992 auf Initiative der damaligen Außenminister von Deutschland und Dänemark, Hans-Dietrich Genscher und Uffe Ellemann-Jensen, gegründet.

Mitglieder: Die elf Mitglieder sind Deutschland, Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden als Ostseeanrainerstaaten sowie Norwegen, Island und die Europäische Union.

Nach dem Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine wurde Russland suspendiert, mittlerweile wurde die Mitgliedschaft Russlands im Ostseerat beendet.

Darüber hinaus wurde zehn Ländern ein Beobachterstatus eingeräumt: Frankreich, Italien, Niederlande, Rumänien, Slowakei, Spanien, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika. Ursprünglich besaß auch Belarus einen Beobachterstatus, der im Zuge des Angriffskrieges auf die Ukraine entzogen wurde.

Ziele: Der Ostseerat möchte mit seiner Arbeit das gegenseitige Verständnis und Vertrauen fördern, die Stabilität in der Region erhöhen und Begegnungen zwischen Menschen fördern. Hierbei orientiert er sich an seinen drei langfristigen Prioritäten, die 2014 festgelegt wurden: 1) Förderung der regionalen Identität, 2) Entwicklung zu einer nachhaltigen und prosperierenden Region, 3) Förderung einer sicheren und geschützten Region.

Aufgaben: Der Ostseerat ist eine Plattform für den zwischenstaatlichen Dialog und die praktische Zusammenarbeit zwischen allen Anrainerstaaten, durch die ein Mehrwert für die Entwicklung der Ostseeregion geleistet werden soll.

Dabei unterstützt der Ostseerat die politische und praktische Umsetzung von globalen Zielsetzungen in Maßnahmen in der Ostseeregion, etwa der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, des Pariser Klimaabkommens, des Sendai-Rahmenwerks zur Reduzierung des Katastrophenrisikos, des Palermo-Protokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels und der UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Gemeinsam mit der Schwedischen Agentur für zivile Notfälle koordiniert das Sekretariat des Ostseerates die Umsetzung des Politikbereichs Secure (Notfälle und Kriminalität) in der EU-Strategie für den Ostseeraum (→ IV.A).

Außerdem fördert der Ostseerat Projekte mit bis zu 65.000 Euro durch die Project Support Facility.



Organisation: Das höchste Entscheidungsgremium ist der Rat (Council), der aus den zehn Außenministerinnen bzw. Außenministern der Mitgliedstaaten sowie dem hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik besteht. Bis zur Annektierung der Krim durch Russland im Jahr 2014 fanden im jährlichen Wechsel Treffen der Außenminister bzw. der Regierungschefs statt. Letztere kamen seitdem nicht mehr zustande. Hinzu kommen Fachministertreffen, etwa der Kultur- oder Raumordnungsminister.

Der Ausschuss Hoher Beamter (Committee of Senior Officials, CSO) koordiniert die Arbeit des Ostseerates und bereitet die Treffen auf politischer Ebene vor, während das Sekretariat des Ostseerates für die Planung, Organisation und Umsetzung der Aktivitäten zuständig ist.

Eine zentrale Rolle spielen dabei die Expertengruppen und Task Forces, u.a.:

- Civil Protection Group
- Expert Group on Sustainable Maritime Economy
- Expert Group on Children at Risk
- Task Force Against Trafficking in Human Beings

Der Ratsvorsitz rotiert jährlich jeweils zum 1. Juli. Deutschland hatte den Vorsitz zuletzt von 2022 bis 2023 inne.

Webseite: <https://cbss.org/>



B. Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM)

Sitz: Helsinki, Finnland

Gründung: Mit der Unterzeichnung des „Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes“ (Helsinki-Abkommen) im Jahr 1974 wurde die Grundlage der Helsinki-Kommission gelegt.

Mitglieder: Die Ostseeanrainerstaaten Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen, Polen, Russland, Schweden und die Europäische Union sind die Vertragsparteien des Helsinki-Abkommens.

Ziele: Ziele von HELCOM sind der Schutz der Meeresumwelt und der Lebensvielfalt der Ostsee durch die Vermeidung und Reduzierung von Verschmutzungsquellen.

Aufgaben: Als Organisation der intergouvernementalen Zusammenarbeit dient HELCOM als Plattform für umweltpolitische Entscheidungen seiner Mitglieder. Grundlage der aktuellen Arbeit von HELCOM ist die 1992 verabschiedete novellierte Fassung des Helsinki-Abkommens. Das Helsinki-Abkommen aus dem Jahr 1974 sollte das Einbringen von Schad- und Nährstoffen in die Ostsee vermindern und dazu beitragen, sie von militärischen und anderen Altlasten zu befreien. Das Abkommen wurde 1992 um den Aspekt des Schutzes von Natur und Lebensvielfalt erweitert.

Im November 2007 wurde auf Ministerebene ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Verbesserung der Meeresumwelt des Ostseegebiets verabschiedet (Baltic Sea Action Plan, BSAP). Übergeordnetes Ziel des Aktionsplans war es, bis 2021 einen guten Umweltzustand der Ostsee herzustellen. Darüber hinaus werden im Aktionsplan Ziele, Maßnahmen und Indikatoren zu den Bereichen Eutrophierung, Schifffahrt, biologische Vielfalt/Naturschutz sowie gefährliche Stoffe formuliert. Am 20. Oktober 2021 beschlossen die Umweltminister der HELCOM-Mitglieder den überarbeiteten und aktualisierten Aktionsplan. Darin werden auch neue Herausforderungen angegangen, wie Auswirkungen des Klimawandels, Arzneimittlrückstände, Unterwasserlärm oder Störungen des Seebodens.

Darüber hinaus koordiniert HELCOM gemeinsam mit VASAB (→ I.C.) die Umsetzung des Politikbereichs Raumordnung in der EU-Strategie für den Ostseeraum (→ IV.A.).



Organisation: Die Helsinki-Kommission setzt sich aus den Unterzeichnerstaaten des oben genannten Übereinkommens zusammen. Sie ist das oberste Entscheidungsgremium zu Fragen der Umsetzung des Übereinkommens und kommt einmal im Jahr zusammen. Darüber hinaus existieren mehrere ständige Arbeitsgruppen sowie zeitlich befristete Projektgruppen unter dem Dach von HELCOM. Ein wichtiges Instrument der HELCOM sind Empfehlungen zu Umwelt- und Naturschutzbelangen.

Webseite: <https://helcom.fi>

Der Vorsitz der HELCOM wechselt in einem zweijährigen Turnus jeweils zum 1. Juli. Von 2020 bis 2022 hatte Deutschland den Vorsitz inne, im zweiten Jahr unterstützt von Mecklenburg-Vorpommern als Vize-Vorsitz.



C. Visionen und Strategien im Ostseeraum (VASAB – Vision & Strategies around the Baltic Sea)

Sitz: Riga, Lettland (bis voraussichtlich Dezember 2029)

Gründung: VASAB wurde 1992 bei einer Konferenz der Raumordnungsminister in Karlskrona, Schweden, gegründet. In der Folge wurde das Dokument „Vision and Strategies for the Baltic Sea Region 2010“ ausgearbeitet und bei der Folgekonferenz 1994 in Tallinn vorgelegt.

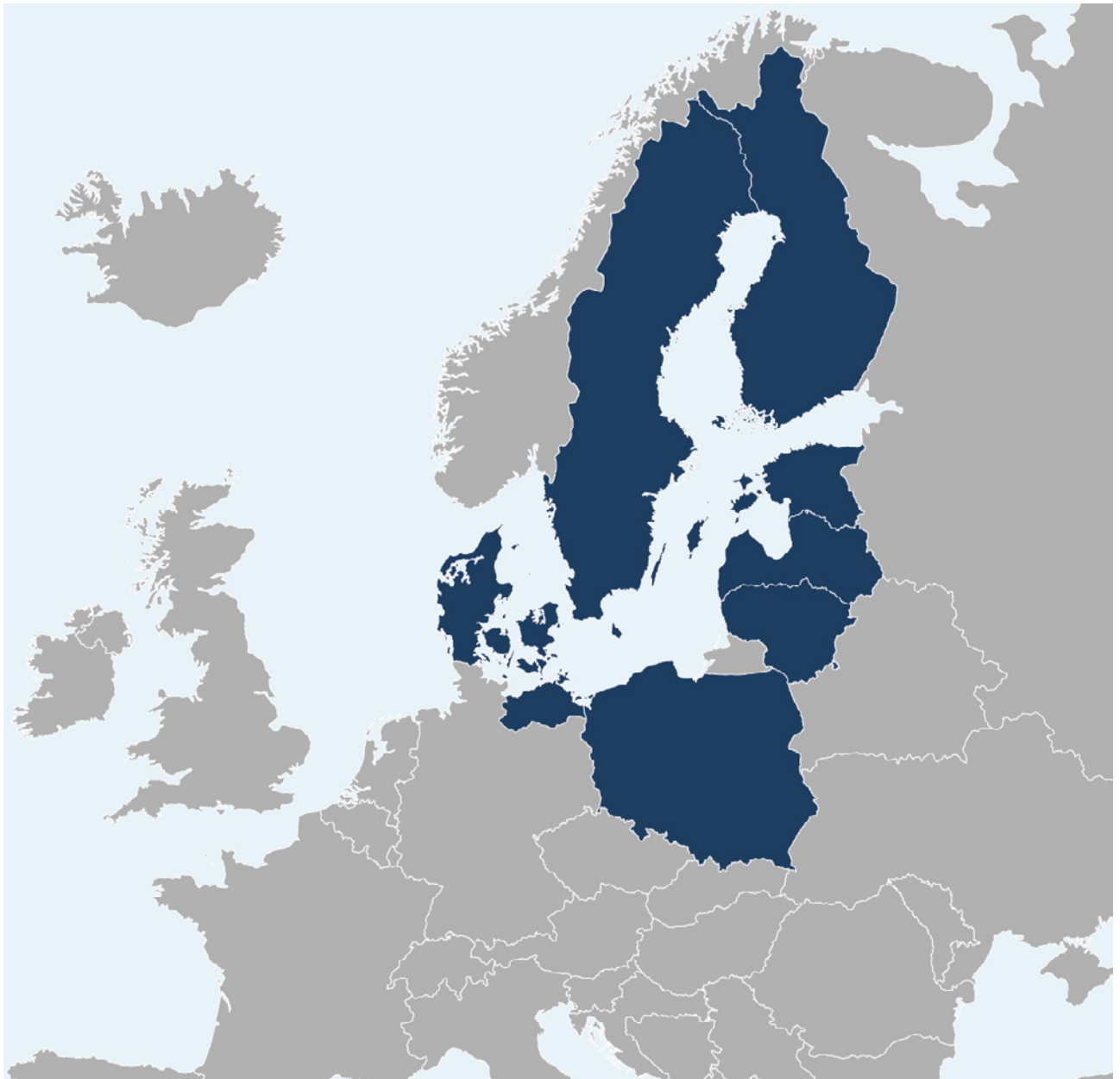
Mitglieder: Dänemark, Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern), Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden. Die Mitgliedschaft von Belarus und Russland (Kaliningrad, Pskov, Leningrad Oblast und St. Petersburg) wurde in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine suspendiert.

Ziele: Die für Raumordnung und -entwicklung verantwortlichen Behörden der Ostseeanrainerstaaten arbeiten in VASAB mit dem Ziel zusammen, Raumentwicklung in der Region gemeinsam zu gestalten.

Aufgaben: VASAB bereitet politische Optionen für die territoriale Entwicklung des Ostseeraums vor und bietet ein Forum für den Austausch von Know-how zur Raumplanung und -entwicklung zwischen den Ostseeanrainerstaaten:

- Empfehlungen zu transnationalen politischen Maßnahmen,
- Förderung der Methodenentwicklung,
- Förderung von Kooperationsprojekten,
- Zusammenarbeit mit anderen ostseebezogenen Initiativen,
- Förderung eines Dialogs mit Brancheninstitutionen.

Darüber hinaus koordiniert VASAB gemeinsam mit HELCOM (→ I.B.) die Umsetzung des Politikbereichs Raumordnung in der EU-Strategie für den Ostseeraum (→ IV.A.).



Organisation: Die Arbeit im Rahmen von VASAB erfolgt durch die Raumordnungsminister der Mitgliedstaaten in Deutschland. Das letzte Ministertreffen fand am 2. Juni 2023 in Wismar statt. Deutschland ist durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Wohnen (BMWSB) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie durch das Land Mecklenburg-Vorpommern in dem Netzwerk vertreten.

Webseite: <https://vasab.org/>

Der Ausschuss für Raumentwicklung in der Ostseeregion (Committee on Spatial Development in the BSR, CSD/BSR) koordiniert die Arbeit von VASAB und bereitet die Treffen auf politischer Ebene vor, während das ständige VASAB-Sekretariat für die Planung, Organisation und Umsetzung der Aktivitäten zuständig ist.

VASAB agiert unter dem Dach des Ostseerates (→ I.A.).



Nordic Council of Ministers

D. Nordischer Ministerrat (Nordic Council of Ministers)

Sitz: Kopenhagen, Dänemark

Gründung: 1971

Mitglieder: Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die autonomen Regionen Färöer-Inseln, Grönland und Åland

Ziele: Gemäß der verabschiedeten gemeinsamen Vision soll die nordische Region bis 2030 der nachhaltigste und integrierteste Raum der Welt werden. Zur Umsetzung wurden für die Jahre 2025–2030 politische Prioritäten definiert, die in 14 Arbeitsfeldern dazu beitragen sollen, die nordische Region zu einer grünen, wettbewerbsfähigen und sozial nachhaltigen Region zu entwickeln. Gleichzeitig wurde auch die Integration von drei interdisziplinären Perspektiven in die gesamte Arbeit des Nordischen Ministerrats beschlossen. Zu diesen Perspektiven, die alle Aktivitäten des Nordischen Ministerrats berühren sollen, zählen nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung der Geschlechter sowie eine Kinderrechts- und Jugendperspektive.

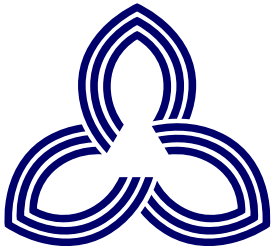
Aufgaben: Der Ministerrat ist die Organisation für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der nordischen Region. Er besteht aus derzeit elf Fachministerräten und dem Rat der Nordischen Minister. Er koordiniert die parlamentarische Zusammenarbeit des Nordischen Rates (→ II.C.) auf Regierungsebene. Beide bilden die zentralen Organe der Zusammenarbeit der nordischen Staaten und haben ein gemeinsames Sekretariat.

Darüber hinaus koordiniert der Nordische Ministerrat gemeinsam mit Finnland (Ministerium für Land- und Forstwirtschaft), Schweden (Schwedische Landwirtschaftsbehörde) und Litauen (Landwirtschaftsministerium) die Umsetzung des Politikbereichs Bioökonomie in der EU-Strategie für den Ostseeraum (→ IV.A.).



Organisation: Die Regierungschefs des Nordischen Ministerrats treffen sich jährlich, während die Aktivitäten auf Arbeitsebene vom Ausschuss Hoher Beamter (Committee of Senior Officials, CSO) koordiniert werden. Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen. Das Sekretariat des Rates mit Sitz in Kopenhagen unterstützt die Arbeit der zwölf Räte und des CSO. Die Präsidentschaft des Nordischen Ministerrates rotiert unter den Mitgliedstaaten im Jahresrhythmus, wobei das Vorsitzland nicht zugleich das Präsidium des Nordischen Rates stellen darf. Der Nordische Ministerrat erhält vom Nordischen Rat ausgearbeitete Gesetzesentwürfe zur Rechtsangleichung und Harmonisierung der nordischen Gesetzgebung und erstattet dem Nordischen Rat jährlich Bericht über den Stand der Zusammenarbeit sowie über die Pläne für zukünftige Kooperationsmöglichkeiten.

Webseite: <https://www.norden.org/en/nordic-council-ministers-o>



E. Baltischer Ministerrat (Baltic Council of Ministers)

Gründung: 1994

Mitglieder: Estland, Lettland und Litauen

Ziele: Ziele sind die Förderung und der Ausbau einer intensiven und substanziellen Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten.

Aufgaben: Der Baltische Ministerrat koordiniert sowohl die Zusammenarbeit auf Regierungsebene zwischen Estland, Lettland und Litauen als auch die Zusammenarbeit der Regierungen mit der Baltischen Versammlung (→ II.D.).

Organisation: Der Baltische Ministerrat besteht aus dem Rat der Regierungschefs, der die Leitlinien der Zusammenarbeit definiert und einmal im Jahr zusammentritt, sowie dem Kooperationsrat der nationalen Außenminister, der die jährlichen Schwerpunkte für die Zusammenarbeit festlegt und deren Umsetzung koordiniert. Unterstützt wird die Arbeit durch Fachausschüsse Hoher Beamter (Committees of Senior Officials) und ein Sekretariat, welches aus den für die baltische Zusammenarbeit zuständigen Beamten in den Außenministerien gebildet wird.

Die Beschlussfassung im Baltischen Ministerrat erfolgt einvernehmlich. Der Vorsitz wechselt jährlich und ist einheitlich mit der Baltischen Versammlung festgelegt. Eine enge Kooperation besteht mit der Nordischen Zusammenarbeit.



Webseite: Kontakt über das jeweilige Außenministerium Estlands, Lettlands bzw. Litauens, bspw. hier: <https://www.mfa.gov.lv/en/co-operation-among-baltic-states>

II. Parlamentarische Zusammenarbeit



A. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC – Baltic Sea Parliamentary Conference)

Sitz: Schwerin, Deutschland

Gründung: 1991

Mitglieder: Zehn nationale Parlamente, sieben regionale Parlamente (darunter der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern) sowie fünf parlamentarische Organisationen aus dem Ostseeraum. Die Zusammenarbeit mit den russischen Mitgliedsparlamenten wurde nach dem Angriffskrieg auf die Ukraine beendet.

Ziele: Die Konferenz dient der Stärkung der gemeinsamen Identität des Ostseeraumes. Sie fördert Initiativen für eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraums. Darüber hinaus strebt sie eine internationale Hervorhebung dieses Raums an.

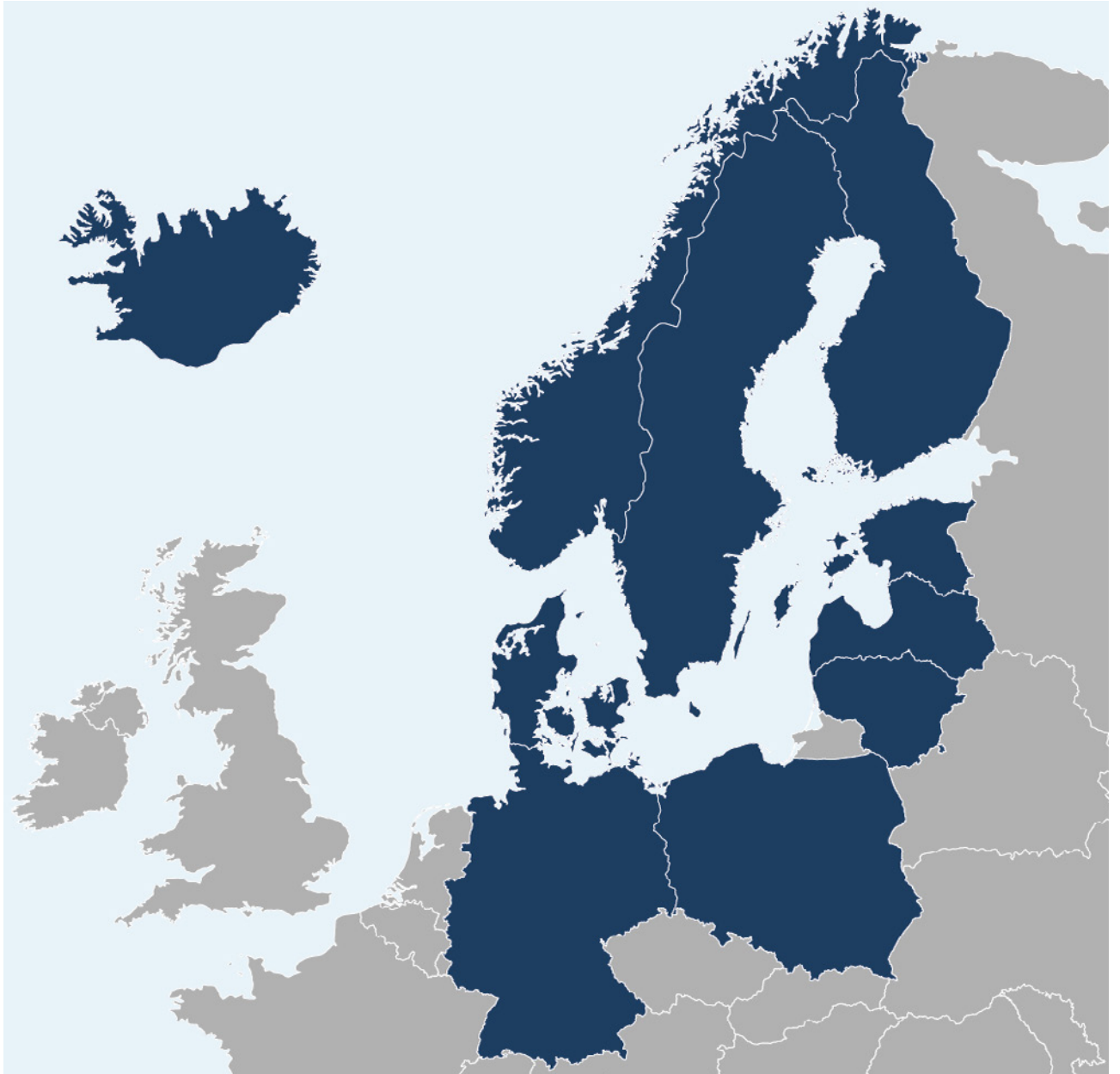
Aufgaben: Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist ein Forum für den politischen Dialog und den Informationsaustausch zwischen Parlamentariern. Sie arbeitet mit staatlichen, subregionalen und anderen Organisationen zusammen, unter anderem mit dem Ostseerat (→ I.A.) und HELCOM (→ I.B.). Sie leitet politische Maßnahmen zum Nutzen der Region ein und begleitet diese.

Organisation: Zur thematischen Untersetzung von Arbeitsschwerpunkten werden jeweils wechselnde Arbeitsgruppen gebildet, in denen auch Abgeordnete des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern aktiv sind. Deren Ergebnisse finden Eingang in die Abschlussresolutionen der jährlichen Parlamentarierkonferenz. Des Weiteren fordern die beteiligten Parlamente regelmäßig ihre jeweiligen Gebietsregierungen auf, über die Umsetzung der Resolution zu berichten. Zwischen den Jahreskonferenzen ist der Ständige Ausschuss der BSPC das höchste Entscheidungsgremium der BSPC. Der Ständige Ausschuss diskutiert und entscheidet über strategische Fragen im Zusammenhang mit den Aufgaben, politischen Prioritäten, Arbeitsmethoden, Finanzen und der Verwaltung der BSPC.

Der Ständige Ausschuss setzt sich aus Parlamentariern aller nationalen Parlamente, Regionalparlamente und parlamentarischen Organisationen des Ostseeraums zusammen.

Der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende der BSPC sind auch Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses.

Die Plenarversammlung findet einmal jährlich an wechselnden Tagungsorten statt.



Webseite: <https://www.bspc.net/>

B. Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO)

Gründung: 2004

Mitglieder: Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, die Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren. Der Regionsrat Schonen (Südschweden) und die Region Klaipeda sind assoziierte Mitglieder. Die Gebietsduma von Kaliningrad war bis 2022 ebenfalls Mitglied; infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wurde sie von einer Teilnahme am Parlamentsforum ausgeschlossen.

Ziele: Bilaterale Partnerschaften und sonstige parlamentarische Beziehungen auf regionaler Ebene sollen stärker miteinander vernetzt werden. Schwerpunktthemen sind insbesondere die Bereiche Jugendpolitik, Bildungspolitik, maritime Wirtschaft und Europäische Strukturpolitik sowie die Tourismusentwicklung.

Aufgaben: Im Rahmen der jährlichen Parlamentsforen werden aktuelle, regionalspezifische Themen aufgegriffen, diskutiert und entsprechende Resolutionen verabschiedet.

Organisation: Das Parlamentsforum tagt in der Regel einmal jährlich. Zur Vorbereitung der Foren tagen Arbeitsgruppen, deren Ergebnisse während des Forums behandelt werden und die Eingang in die Abschlussresolution finden. Darüber hinaus befassen sich auch die Regionalparlamente mit den Resolutionsbeschlüssen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern übernimmt die Resolutionen regelmäßig in einem eigenen Beschluss und fordert die Landesregierung auf, über deren Umsetzung zu berichten.



Webseite: Das Parlamentsforum verfügt über keine eigene Webseite. Die Arbeit des Parlamentsforums wird auf den jeweiligen Seiten der Partnerparlamente dargestellt, hier bspw. auf der Webseite des Landtages Mecklenburg-Vorpommern:
<https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/blickpunkt-europa-und-internationales/parlamentsforum-suedliche-ostsee>



C. Nordischer Rat (Nordic Council)

Sitz: Kopenhagen, Dänemark

Gründung: 1952

Mitglieder: Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden sowie die autonomen Gebiete Färöer-Inseln, Grönland und Åland.

Der Rat hat 87 gewählte Mitglieder. Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden stellen jeweils 20 Mitglieder, wobei die dänische Delegation zwei Delegierte von den Färöer-Inseln und zwei aus Grönland umfasst. Die zwei Delegierten aus Åland gehören der finnischen Delegation an. Island ist mit sieben Mitgliedern im Rat vertreten.

Ziele: Die nordische Region soll zu einer Region entwickelt werden, in der die Menschen gerne leben und arbeiten wollen. Ein weiteres Ziel des Rates ist es, die Zusammenarbeit der Parlamente und Regierungen der Mitglieder auf allen Politikfeldern zu fördern, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

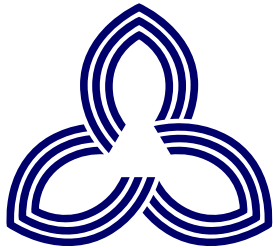
Aufgaben: Der Nordische Rat wurde als Beratungsorgan der Parlamente Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens gegründet. Der Nordische Rat gibt Empfehlungen an die nationalen Parlamente, Regierungen und den Nordischen Ministerrat. Er koordiniert und erarbeitet Empfehlungen für die zwischenstaatlichen Beziehungen der Mitgliedsländer. Der Nordische Rat vergibt jährlich Preise für herausragende Leistungen in Kultur und Umweltschutz: Literaturpreis, Musikpreis, Filmpreis, Natur- und Umweltpreis sowie Kinder- und Jugendliteraturpreis.

Organisation: Der Nordische Rat kommt jährlich zu zwei Sitzungen zusammen. In der Thematischen Sitzung fordern die Abgeordneten die nationalen Regierungen auf, in bestimmten Themenbereichen tätig zu werden. In der Ordentlichen Sitzung, die jedes Jahr im Herbst stattfindet, werden der Präsident, der Vizepräsident und die Mitglieder des Präsidiums für das Folgejahr gewählt. Die Präsidentschaft wechselt zwischen den Ländern, wobei die Ordentliche Sitzung in dem Land stattfindet, welches die Präsidentschaft innehat. Hingegen findet die Themensitzung im Frühjahr dem Land statt, welches den Vorsitz im Nordischen Ministerrat ausübt (→ I.D.) statt.



Die laufende politische Arbeit im Nordischen Rat wird von Ausschüssen und Parteigruppen durchgeführt. Unterstützt wird die Arbeit des Nordischen Rates durch das Sekretariat, welches zugleich dem Nordischen Ministerrat dient. Zudem gibt es weitere Sekretariate in den nationalen Mitgliedsparlamenten. Dabei wird die Arbeit des Nordischen Rates durch einen Generalsekretär koordiniert.

Webseite: <https://www.norden.org/en/nordic-council-o>



D. Baltische Versammlung (Baltic Assembly)

Sitz: Riga, Lettland

Gründung: 1991

Mitglieder: Estland, Lettland, Litauen

Ziele: Die Versammlung hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den baltischen Parlamenten zu koordinieren. Prioritäten sind die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der baltischen Staaten, eine starke Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft, vernetzte Energie- und Verkehrsnetze sowie sichere Gesellschaften und Lebensqualität.

Aufgaben: Die Baltische Versammlung ist das Format für die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Republiken Lettland, Litauen und Estland. Die Baltische Versammlung befasst sich mit Fragen und verschiedenen Projekten, die für die Mitglieder der nationalen Delegationen und die Mitgliedstaaten von Interesse sind. Ebenfalls wird die Zusammenarbeit mit anderen regionalen, internationalen und interparlamentarischen Organisationen weiterentwickelt.

Organisation: Die Arbeit der Baltischen Versammlung wird vom Präsidium koordiniert, das aus sechs Mitgliedern besteht. Regelmäßige Arbeitsgremien der Baltischen Versammlung sind ihre ständigen Ausschüsse. Die Ausschüsse der Baltischen Versammlung prüfen die Fragen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, erarbeiten gemeinsame Positionen und bereiten Empfehlungen für die nationalen Regierungen vor.

1994 wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Baltischen Versammlung und dem Baltischen Ministerrat geschlossen. Seit 2003 übernimmt jeweils dasselbe Land den Vorsitz in beiden Foren und die Zusammenarbeit der Gremien wird enger abgestimmt.



Webseite: <https://www.baltasam.org/en/>

III. Regionale und kommunale Zusammenarbeit



A. Konferenz der peripheren Küstenregionen (CPMR – Conference of Peripheral Maritime Regions)

Sitze: Rennes, Frankreich / Brüssel, Belgien

Gründung: 1973

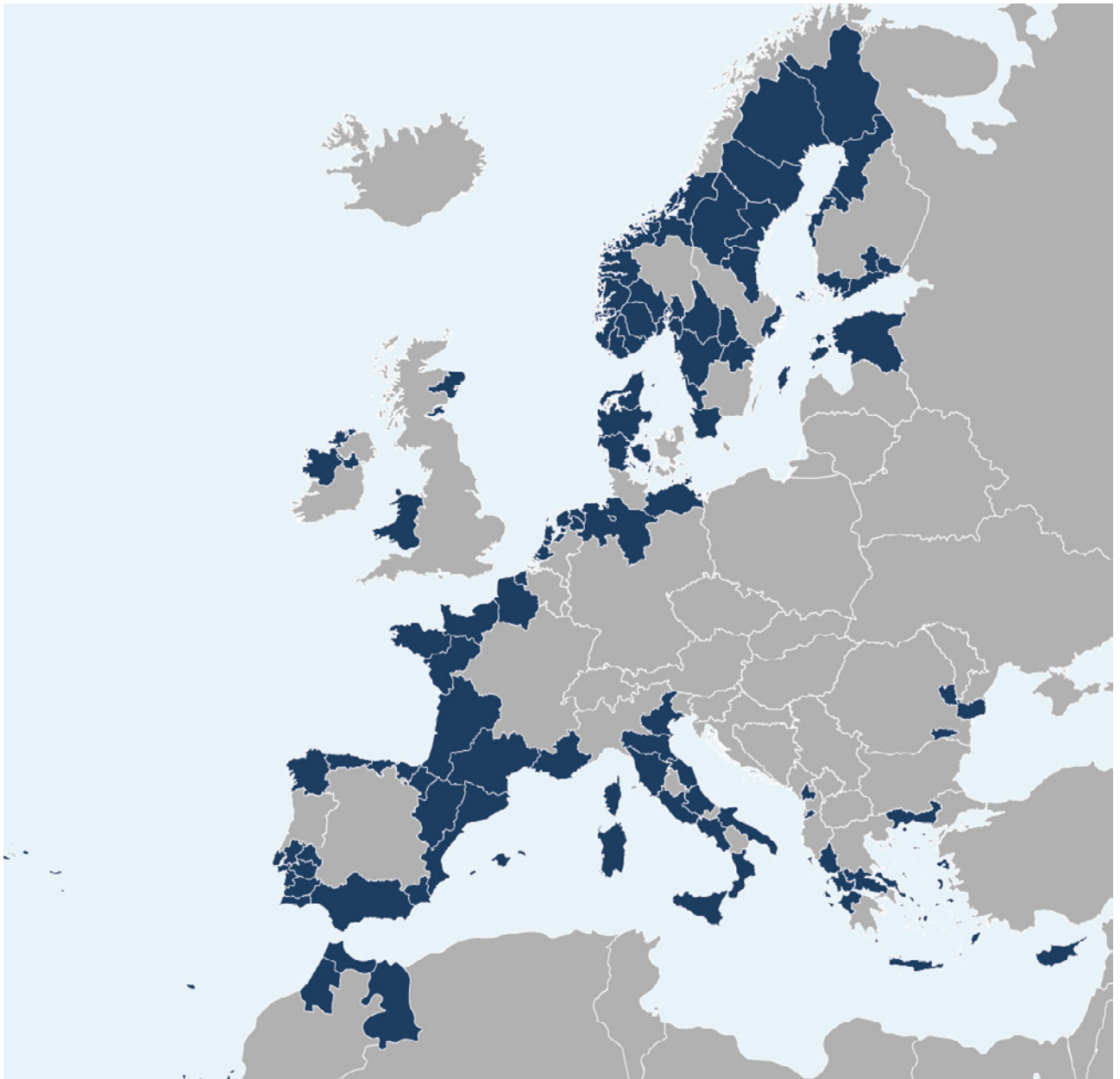
Mitglieder: über 150 Regionen aus 24 Staaten

Ziele: Die Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR) setzt sich für eine ausgewogenere territoriale Entwicklung in der Europäischen Union und die Einbeziehung der regionalen Interessen in die Entscheidungsfindung auf nationaler und EU-Ebene ein.

Aufgaben: Das Hauptaugenmerk der Organisation gilt den EU-Politikfeldern Kohäsion, Verkehr, Energie und Klimawandel sowie maritime Angelegenheiten. Dabei agiert die KPKR sowohl als Interessenvertretung für ihre Mitgliedsregionen als auch als Denkfabrik.

Organisation: Zwischen den jährlichen Hauptversammlungen leitet das Politische Büro die Arbeit der KPKR, das aus seinem Kreis den Präsidenten der Organisation wählt. Die Beschlüsse des Vorstands werden durch das Sekretariat vorbereitet und umgesetzt. Das Sekretariat wird durch einen Generalsekretär geleitet. Die fachliche Arbeit wird im Rahmen von Arbeitsgruppen und Task Forces geleistet.

Die Mitgliedsregionen der KPKR gehören zugleich zu einer der insgesamt sechs Geographischen Kommissionen der Organisation. Jede Kommission verfügt über eine eigene Organisationsstruktur, die sich an die Strukturen der KPKR anlehnt: An ihrer Spitze steht ein Präsident. Zwischen den Jahresversammlungen leitet ein Exekutiv-ausschuss die Arbeit der Geographischen Kommission. Er wird hierbei durch einen Exekutivsekretär unterstützt. Zu den Geografischen Kommissionen zählt auch die Ostseekommission (siehe nachfolgende Darstellung), in der sich Mecklenburg-Vorpommern engagiert.



Zudem fungiert das KPKR-Sekretariat in der aktuellen Mandatsperiode bis 2029 auch als Sekretariat für die Interfraktionelle Gruppe im Europäischen Parlament, SEARICA (Seas, Rivers, Islands & Coastal Areas).

Webseite: <https://cpmr.org/>

Bei SEARICA handelt es sich um einen überparteilichen Zusammenschluss von rund 100 Europaparlamentarierinnen und -parlamentariern aus sechs Parteigruppen und 19 Mitgliedstaaten. Sie setzen sich gemeinsam dafür ein, die Herausforderungen im Zusammenhang mit Meeren, Ozeanen und Küsten ganz oben auf die politische Agenda Europas zu setzen. Aus Mecklenburg-Vorpommern gehört Frau Abgeordnete Sabrina Repp SEARICA an.

<https://www.searica.eu/index.php>



KPKR Ostsee-Kommission (BSC – Baltic Sea Commission)

Sitz des Sekretariats (2025–26):

Vaasa, Region Österbotten, Finnland

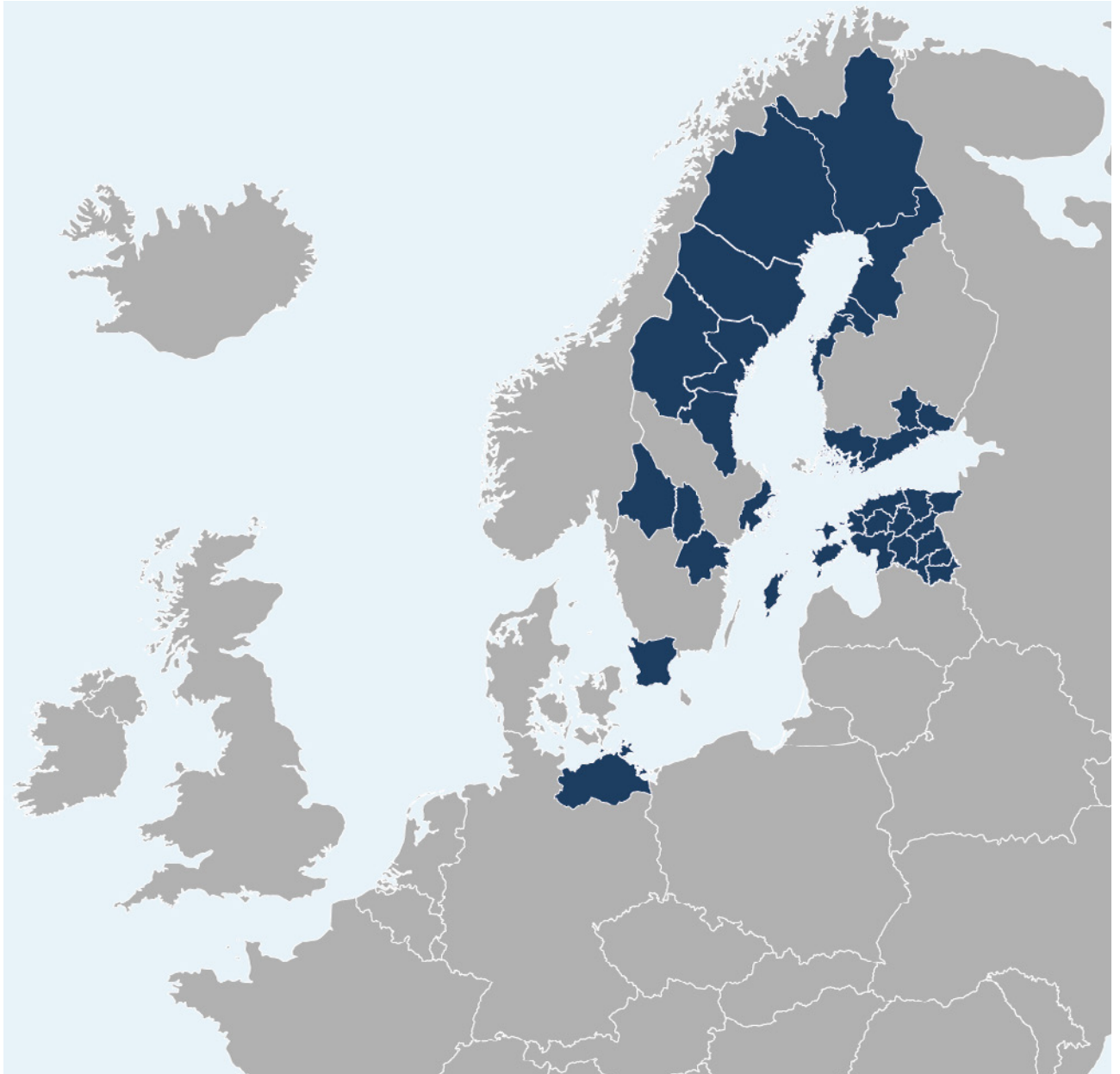
Gründung: 1996

Mitglieder: Insgesamt 21 Mitglieder, darunter Mecklenburg-Vorpommern, Regionen in Schweden und Finnland sowie Estland (Städte- und Gemeindeverband – in Ermangelung einer regionalen Territorialstruktur).

Ziele: Ziele der KPKR Ostsee-Kommission (BSC) sind es, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsregionen zu entwickeln und ihre Interessen und Anliegen in der Ostseekooperation und in die EU-bezogenen Aktivitäten auf KPKR-Ebene in Brüssel einzubringen.

Aufgaben: Die Aktivitäten der BSC konzentrieren sich auf die Bereiche Verkehr, Energie und Klimawandel sowie maritime Wirtschaft. Darüber hinaus engagiert sich die BSC im Rahmen der Umsetzung der EU-Ostsee-strategie und setzt sich für einen engeren Austausch von Arktis- und Ostseepolitik ein. Zu diesem Zweck arbeitet sie mit anderen Organisationen der regionalen Zusammen-arbeit zusammen, etwa mit dem Ostseerat (→ I.A.).

Organisation: Ergänzend zur allgemeinen Darstellung zur KPKR wird darauf hingewiesen, dass die BSC über vier Arbeitsgruppen verfügt, im Einzelnen Energie und Klima, Verkehr, Arktis und Maritime Wirtschaft. Jede der Arbeitsgruppen wird durch einen Vorsitz auf politischer Ebene geleitet. Das Sekretariat der Organisation wird in 2025–26 durch die finnische Region Österbotten getragen.



Webseite: <https://cpmr-baltic.org/>



B. Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC – Baltic Sea States Subregional Cooperation)

Sitz des Sekretariats (2024–25):

Kiel, Schleswig-Holstein

Gründung: 1993

Mitglieder: Die BSSSC versteht sich als Vertreterin der regionalen Gebietskörperschaften der Ostseeanrainerstaaten, die sich mithilfe von nationalen Plattformen und durch den Vorstand organisiert. Es gibt keine feste Mitgliederstruktur. Russische Regionen sind derzeit von der Mitarbeit ausgeschlossen.

Ziele: Die BSSSC sieht sich als politisches Netzwerk und Interessenvertretung der regionalen Gebietskörperschaften. Die Einbeziehung von jungen Menschen in die Ostseekooperation ist ihr ein besonderes Anliegen.

Aufgaben: Die politischen Schwerpunkte der BSSSC liegen in den Bereichen EU-Kohäsionspolitik, Verkehr, Kultur, Innovation und Jugend. Sie unterstützt die Umsetzung der EU-Ostseestrategie und beteiligt sich an der projektbezogenen Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die BSSSC arbeitet mit anderen Organisationen im Ostseeraum zusammen.

Organisation: Die Funktionen von Vorsitz und Sekretariat der BSSSC liegen bei einer Region, wobei alle zwei Jahre gewechselt wird. Für 2024–25 hat Schleswig-Holstein den Vorsitz inne. Das zentrale Entscheidungsgremium der BSSSC ist ihr Vorstand, dem jeweils zwei Personen je Ostseeanrainerstaat angehören. Hinzu kommen zwei Jugendvertreter. Die Jahreskonferenz findet regelmäßig im September/Oktobre statt.

Webseite: <https://www.bsssc.com/>



C. Union der Ostseestädte (UBC – Union of the Baltic Cities)

Sitz: Danzig, Polen

Gründung: 1991

Mitglieder: Mitgliedsstädte aus Dänemark, Deutschland (Greifswald, Hamburg, Kiel, Rostock), Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Schweden.

Ziele: Die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen Städten in der Ostseeregion sollen gefördert werden, um nachhaltige städtische Lösungen und Lebensqualität voranzutreiben und bereitzustellen.

Aufgaben: Die UBC ist eines der führenden Städtenetzwerke im Ostseeraum. Es ist ein freiwilliges, proaktives Netzwerk, das das gemeinsame Potential seiner Mitgliedsstädte mobilisiert.

Städte als Treiber für intelligentes, nachhaltiges, umweltfreundliches und ressourceneffizientes Wachstum sollen unterstützt werden. So sollen Städte als integrative, vielfältige, kreative, demokratische und sichere Zentren entwickelt werden, in denen eine aktive Bürgerschaft, die Gleichstellung der Geschlechter und eine partizipative Politikgestaltung gefördert werden. Die Organisation tritt für die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder ein und fördert die Interessen der Ostseeregion als Ganzes.

Die UBC und ihre Mitgliedsstädte arbeiten eng mit anderen Partnern zusammen und beteiligen sich aktiv an der Umsetzung regionaler Strategien, insbesondere der EU-Ostseestrategie (→ IV.A.).

Organisation: Die UBC arbeitet in acht Kommissionen: Kulturstädte, integrative und gesunde Städte, Planungsstädte, sichere Städte, lernende Städte, intelligente und prosperierende Städte, nachhaltige Städte und jugendliche Städte. Die Kernorganisation der UBC besteht aus dem Präsidium, dem Vorstand und dem Sekretariat.

Webseite: <https://ubc.net/>



D. Euroregion Baltic

Sitz: Elblag, Polen

Gründung: 1998

Mitglieder: Insgesamt acht Mitglieder – sieben Regionen sowie ein Verband: Bornholm (Dänemark), Blekinge, Kalmar, Kronoberg (Schweden), Woiwodschaften Ermland-Masuren und Pommern (Polen), und Klaipeda (Litauen) sowie der Verband der polnischen Gemeinden der Euroregion Baltic. Der Oblast Kaliningrad (Russland) wurde ausgeschlossen.

Ziele: Die grenzüberschreitenden Beziehungen für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung sollen gestärkt werden. Insbesondere soll das Wirtschaftswachstum in der Region unterstützt werden. Dazu zählen nahezu alle Bereiche, darunter Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Kommunikation, Raumplanung, Umweltschutz sowie Zusammenarbeit in der EU.

Aufgaben: Die Euroregion Baltic dient der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für lokale und regionale Einheiten in der südbaltischen Region. Nachhaltige Politik auf lokaler Ebene soll gefördert werden.

Organisation: Die Euroregion Baltic befindet sich in einer Umstrukturierungsphase. Ziel ist es, einen Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) mit gemeinsamem Personal und Sitz in Allenstein (Polen), zu bilden.

Geplant ist es, die rotierende Präsidentschaft und einen Jugendvorstand beizubehalten.



Webseite: <https://www.eurobalt.org>



E. Euroregion Pomerania

Sitz: Löcknitz, Deutschland

Gründung: 1995 in Stettin, Polen

Mitglieder: Die Euroregion Pomerania erstreckt sich über die deutsch-polnische Ländergrenze. Sie umfasst derzeit das Gebiet der Woiwodschaft Westpommern im Nordwesten Polens sowie angrenzende Landkreise und Städte in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit einer Fläche von ca. 35.500 km² und etwa 2,7 Mio. Einwohnern.

Der Kooperationsvertrag wurde 1995 von der Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e.V, dem kommunalen Zweckverband der Gemeinden Westpommerns „Pomerania“ und der Stadt Stettin geschlossen. 1998 schloss sich der südschwedische Gemeindeverband Schonen an, trat 2013 allerdings wieder aus der Euroregion aus.

Ziele: Ziel der Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania ist die Aufnahme gemeinsamer Aktivitäten für eine gleichmäßige und ausgewogene Entwicklung der Region sowie zur Annäherung der Bewohner und Institutionen beider Seiten. Aufgrund der geographischen Lage stellt die Euroregion Pomerania ein Bindeglied sowohl zwischen Mittel- und Osteuropa als auch nach Skandinavien dar. An die historisch gewachsenen West-Ost- und Nord-Süd-Verbindungen auf dem Gebiet der Pomerania wird jetzt unter den Gesichtspunkten der weiteren europäischen Integration angeknüpft, wodurch schrittweise die in der EU angestrebte Harmonisierung der Lebensbedingungen auch bei den Mitgliedern der Euroregion Pomerania erreicht werden soll.

Aufgaben: Die Euroregion Pomerania ist eine grenzüberschreitende Region mit Beteiligung von grenznahen Kommunen und Kommunalverbänden Deutschlands und Polens. Im Arbeitsgebiet wird die grenzüberschreitende Entwicklung in den Bereichen Infrastruktur, Wirtschaft, Kultur und anderen gesellschaftlichen Aufgaben gefördert.



Organisation: In politischer Hinsicht sind weder die Woiwodschaft noch die einzelnen Landkreise direkt Mitglieder der Euroregion. Diese sind aktuell die Stadt Stettin sowie zwei Vereine: die Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e. V. und der Verein der polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania.

Webseite: <https://www.pomerania.net>

F. Partnerregionen MV im Ostseeraum

Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund der geografischen Nähe und historischer Verbindungen Partnerschaften mit Regionen im Ostseeraum geschlossen. Die Kooperation erstreckt sich dabei über die Bereiche Erneuerbare Energien, Logistik, Wissenschaft und Forschung, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Jugend, Kultur und Sport. Die Zuständigkeit für die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen liegt in der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern.

Woiwodschaften Westpommern und Pommern

Verwaltungssitze:

Stettin (Westpommern), Danzig (Pommern)

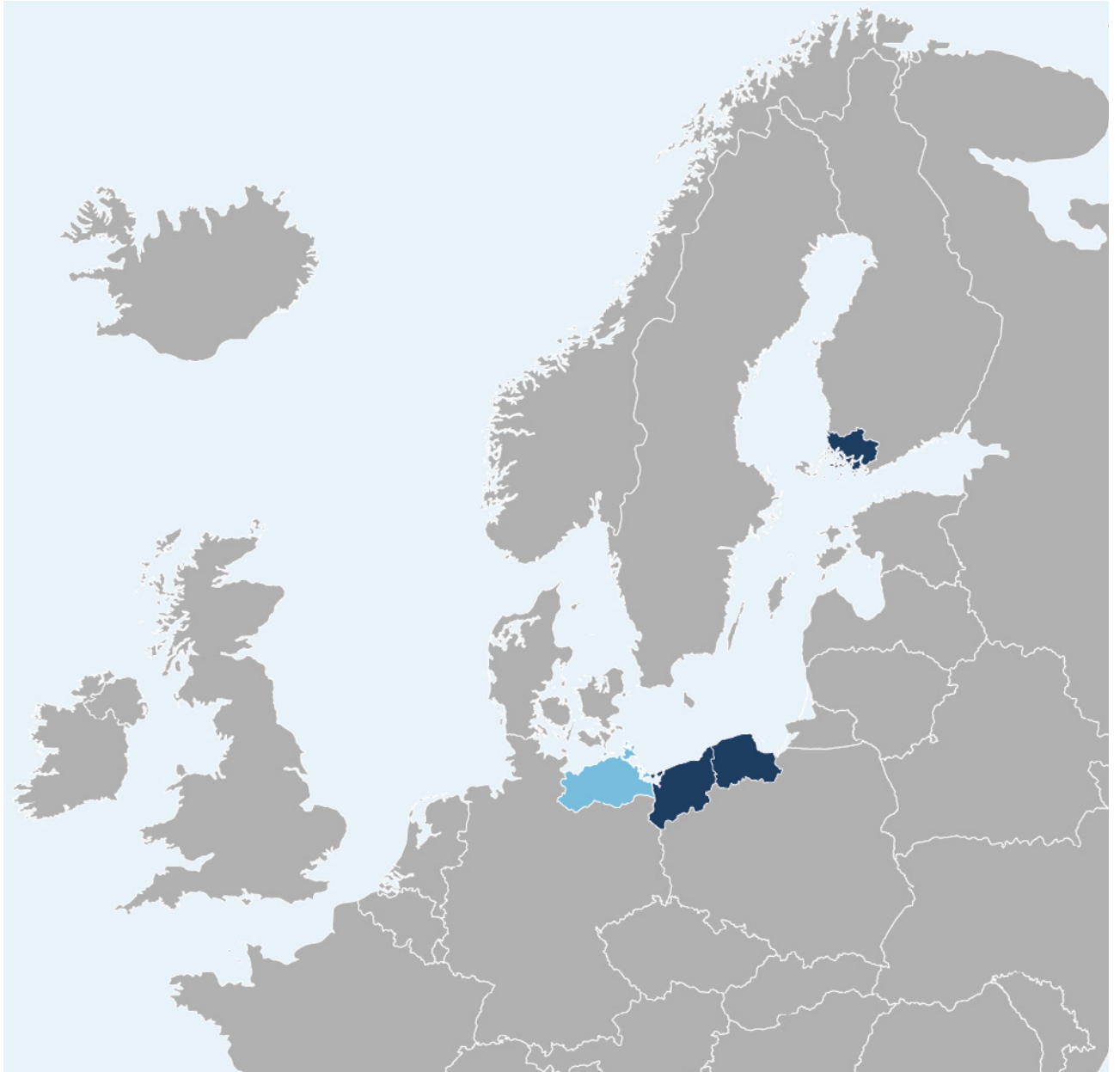
Im Jahr 1991 unterzeichneten der Ministerpräsident von MV und die Woiwoden von Stettin, Köslin und Schneidemühl eine erste „Gemeinsame Erklärung zur regionalen Zusammenarbeit“, die durch die nachfolgende Gebietsreform in Polen im Jahr 2000 in eine Gemeinsame Erklärung mit der Woiwodschaft Westpommern mündete.

Die Partnerschaft mit der Woiwodschaft Pommern wurde im Jahr 2001 geschlossen.

Südwestfinnland

Verwaltungssitze: Turku

Die Partnerschaft mit der Region Südwestfinnland wurde im Jahr 2000 begründet.



Webseite: [https://www.regierung-mv.de/
Landesregierung/stk/Themen/Internationales/](https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Themen/Internationales/)



G. STRING – South Western Baltic Sea Transregional Area – Implementing New Geography

Sitz: Kopenhagen, Dänemark

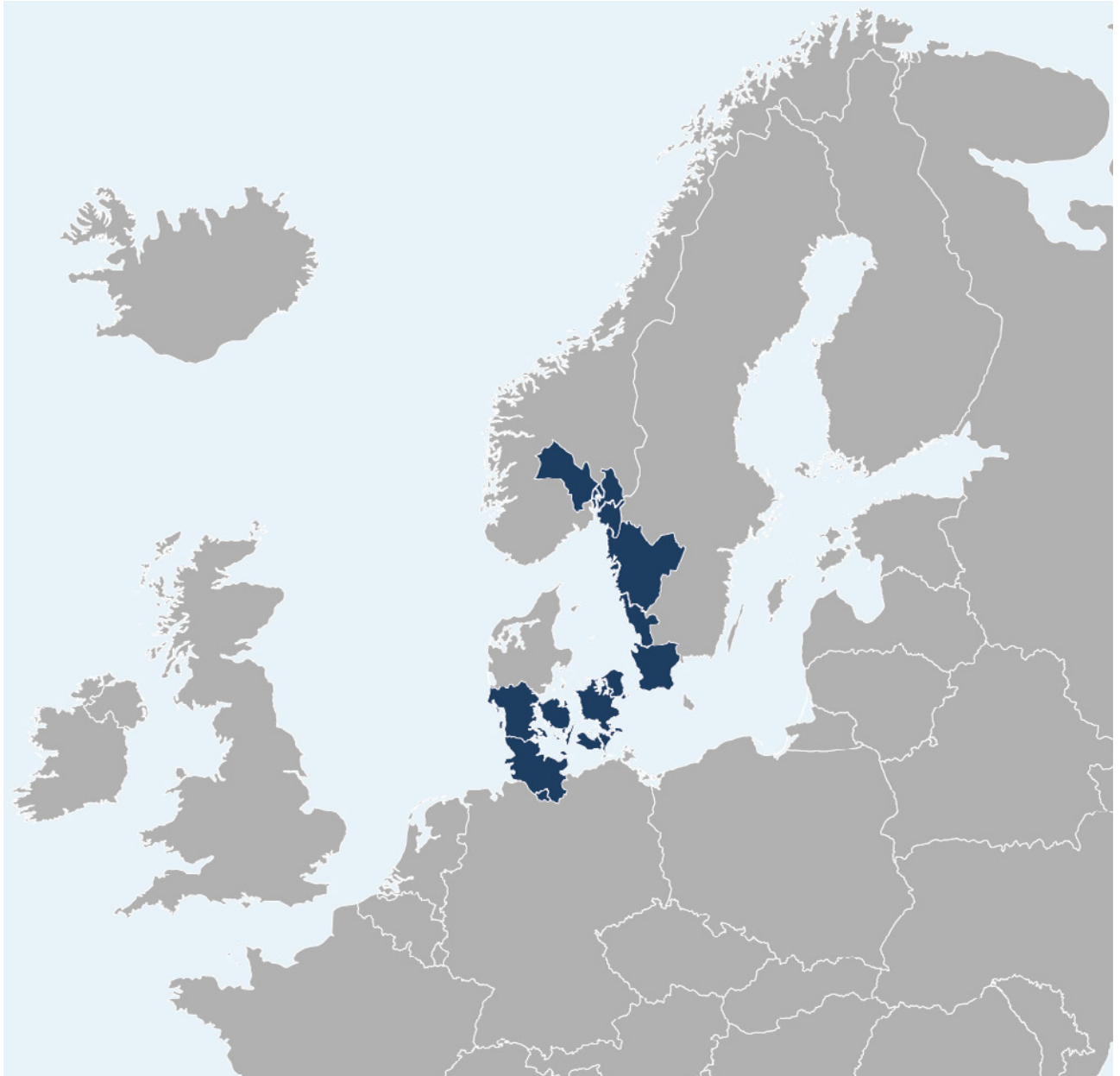
Gründung: 1999

Mitglieder: STRING ist eine Kooperation von 16 Mitgliedsregionen und -städten von Hamburg bis Oslo, im Einzelnen Schleswig-Holstein, Hamburg und Kiel, die dänischen Regionen Seeland, Süddänemark, die Hauptstadtregion Dänemark und sowie die Stadt Kopenhagen, die schwedischen Regionen Schonen, Halland sowie die Städte Malmö, Göteborg und Helsingborg und die norwegischen Regionen Akershus und Østfold sowie die Stadt Oslo.

Ziele: Grundlage für die aktuelle Zusammenarbeit ist die im März 2019 beschlossene STRING Strategie 2030, in der sich die Partner auf die Schwerpunkte Nachhaltige Infrastruktur und Grünes Wachstum festgelegt haben. Um die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen, nachhaltigen Wachstumskorridors voranzutreiben, hat STRING 2021 gemeinsam mit der OECD ein Konzept für eine grüne Megaregion von Hamburg bis Oslo veröffentlicht. Hierzu erarbeitete die OECD 23 Handlungsempfehlungen, die die STRING-Mitgliedsregionen unterstützen sollen, sich im globalen Standortwettbewerb zu positionieren und als nachhaltige grüne Wachstumsregion zu vermarkten.

Aufgaben: Um die STRING-Region als grüne Megaregion zu etablieren, werden Initiativen in den Bereichen nachhaltige Infrastrukturen und grüne Technologien vorangetrieben. Im Bereich Infrastruktur konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Beseitigung von Engpässen im Schienenverkehr zwischen Hamburg und Oslo (Hamburger Knotenpunkt, Fehmarnbelt, Öresund, Göteborg-Oslo). Im Bereich Grünes Wachstum stützt sich die Zusammenarbeit auf nachhaltiges Beschaffungswesen, Clusterkooperation und Synergien durch verbesserte Kooperation der Investitionsagenturen.

Dabei betreibt das STRING-Sekretariat intensive Lobbyarbeit sowohl in der STRING-Region als auch auf EU-Ebene und bringt Akteure aus dem öffentlichen, privaten und akademischen Sektor zusammen. So wurde 2022 ein durch die EU kofinanziertes, grenzüberschreitendes Wasserstoffprojekt auf den Weg gebracht, um eine Infrastruktur für den Schwerlastverkehr mit grünem Wasserstoff aufzubauen.



Organisation: Die Zusammenarbeit in STRING erfolgt durch drei Gremien: das Politische Forum (höchstes Gremium für politische Entscheidungen), die Steuerungsgruppe (administrative Ebene für operative Entscheidungen) und die Kontaktgruppe (Anlaufstelle für das STRING-Sekretariat und Stakeholder; Vorbereitung der Steuerungsgruppe und des Politischen Forums).

Webseite: <https://stringmegaregion.org/>

Daneben gibt es themenbezogene Arbeitsgruppen für die grenzüberschreitende Abstimmung.

Das Sekretariat mit Sitz in Kopenhagen (administriert durch die Region Seeland) ist für die Umsetzung der Schwerpunktbereiche zuständig.

IV. EU-Ebene:

Ausgewählte Strategien und Programme



A. EU-Ostseestrategie (EUSBSR – EU Strategy for the Baltic Sea Region)

Die EU-Ostseestrategie wurde 2009 als erste makro-regionale Strategie vom Europäischen Rat beschlossen. Beteiligte EU-Mitgliedstaaten sind die acht Ostseeanrainerstaaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden. Auch Nicht-EU-Mitglieder wie Island oder Norwegen werden in die Zusammenarbeit mit einbezogen.

Die Umsetzung der Strategie wird in engem Kontakt mit der Europäischen Kommission und allen relevanten Interessengruppen, d. h. anderen Mitgliedstaaten, regionalen und lokalen Behörden, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Stellen, koordiniert.

Ziele: Die Strategie verfolgt drei übergeordnete Ziele: Rettung der Ostsee, Verbinden der Region und Steigerung des Wohlstandes. Der Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie wurde seit 2009 mehrfach überarbeitet, und passt sich Trends und geopolitischen Entwicklungen an. Im Mittelpunkt stehen 14 definierte Politikbereiche (z. B. Bioökonomie, Bildung und Tourismus), die inhaltlich jeweils durch prioritäre Maßnahmen, die sogenannten Actions, umgesetzt werden. Die Potentiale des Ostseeraumes sollen gemeinsam effektiv genutzt werden.

Aufgaben: Aufgabe der EU-Ostseestrategie ist eine regionale, gemeinsam mit der EU koordinierte Strategieplanung der Ostseeanrainer. Die Gesamtsteuerung erfolgt durch die Gruppe der nationalen Koordinatoren; die Strategie wird jährlich evaluiert und der Aktionsplan bei Bedarf aktualisiert.

Organisation: Aufgrund der zahlreichen ökologischen Probleme sowie der sozialen und ökonomischen Herausforderungen wurde ein integrierter Ansatz entwickelt, welcher die Bedürfnisse und Lösungsansätze mit den verfügbaren Ressourcen koordiniert.

Den Politikbereichen kommt die Aufgabe zu, die Strategie umzusetzen. Im Rahmen der EU-Ostseestrategie wird jährlich ein Forum durchgeführt, das eine Plattform für den Austausch der an der Umsetzung der Strategie beteiligten Akteure ermöglicht. Der Baltic Sea Strategy Point bietet administrative und technische Unterstützung für die Verwaltung, Entwicklung und Kommunikation der Strategie.

Webseite: <https://eusbsr.eu/>



B. Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-Verkehr)

Leistungsfähige und gut vernetzte Infrastrukturen sind von zentraler Bedeutung für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand der Europäischen Union. Mit dem Programm TEN (Trans-European Network) will die EU einen Beitrag zur Umsetzung und Entwicklung des Binnenmarktes und zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union leisten.

Das TEN-V-Netz ist zweilagig aufgebaut; es besteht aus einem Kernnetz und einem Gesamtnetz. Für Mecklenburg-Vorpommern ist der Skandinavien-Mittelmeer-Korridor am relevantesten, dessen Bestandteil auch der Hafen Rostock ist.

Die Korridore sind multimodal angelegt und sollen vor allem grenzüberschreitende Verbindungen innerhalb der EU verbessern. Das TEN-Gesamtnetz umfasst alle Verkehrsträger sowie die Infrastrukturen für See- und Luftfahrt. Das TEN-Kernnetz umfasst als Teil des Gesamtnetzes dessen strategisch wichtigste Knoten und Verbindungen.

Ziele: Es soll ein Verkehrsnetz errichtet werden, das den Güter- und Personenverkehr zwischen den EU-Mitgliedstaaten erleichtert. Hintergrund ist, dass die meisten Straßennetze in der EU unter nationalen Gesichtspunkten entwickelt wurden. Die EU wird an dem Sicherheitsmanagement der zum transeuropäischen Verkehrsnetz gehörenden Straßen durch Sicherheitsüberprüfungen in der Entwicklungsphase und durch regelmäßige Sicherheitsinspektionen mitwirken.

Webseite: https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/infrastructure-and-investment/trans-european-transport-network-ten-t_en



C. Transeuropäische Energienetze (TEN-Energie)

Als Transeuropäische Energienetze (TEN-E) bezeichnet man ein EU-Programm, das der grenzübergreifenden Verknüpfung der Energieinfrastrukturen der EU-Länder und der verstärkten Nutzung von Erneuerbaren Energien dient.

In diesem Rahmen werden elf vorrangige geografische Korridore definiert, die die Energieträger Strom-, Gas- und Öl abbilden. Die EU unterstützt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in diesen vorrangigen Korridoren und Themenbereichen, um die Energieinfrastruktur wie Pipelines und Stromnetze besser zu integrieren.

Ziele: Das TEN-E zielt auch darauf ab, den Energiemarkt der EU besser zu verknüpfen und die Integration erneuerbarer Energien in die Netzwerke zu unterstützen. TEN-E verfolgt drei Hauptthemen: Einsatz von innovativen Versorgungsnetzen, sogenannter intelligenter Netze, Stromautobahnen und ein grenzüberschreitendes Kohlenstoffdioxid-Netzwerk.

Im Rahmen dieser Politik wurden elf vorrangige Korridore und drei vorrangige thematische Bereiche festgelegt.

Webseite: https://energy.ec.europa.eu/topics/infrastructure/trans-european-networks-energy_en



BEMIP (Baltic Energy Market Interconnection Plan)

Das Hauptziel des 2008 initiierten Verbundplans für den baltischen Energiemarkt (BEMIP) besteht darin, einen offenen und integrierten regionalen Strom- und Gasmarkt zwischen den EU-Ländern im Ostseeraum zu schaffen. Der Plan ist Teil der Transeuropäischen Netze. Mitglieder der Initiative sind Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Finnland und Schweden. Norwegen nimmt als Beobachter teil.

BEMIP Elektrizität

Der BEMIP Elektrizität hat zum Ziel, einen offenen und integrierten regionalen Elektrizitäts- und Gasmarkt zwischen den EU-Ländern in der Ostseeregion zu erreichen sowie die Energie-Effizienz und das Potential erneuerbarer Energien, sowohl Onshore als auch Offshore, zu steigern. Zudem soll das baltische Netz mit dem kontinental-europäischen Netz synchronisiert werden.

BEMIP Gas

Der BEMIP Gas soll die Isolierung der baltischen Staaten und Finnlands sowie ihre Abhängigkeit von einem einzigen Lieferanten beenden, dabei interne Netzinfrastrukturen stärken und die Vielfalt in der Versorgung im Ostseeraum erhöhen.

Webseite: https://energy.ec.europa.eu/topics/infrastructure/high-level-groups/baltic-energy-market-interconnection-plan_en?prefLang=de

D. Interreg-Programme (Europäische Territoriale Zusammenarbeit)

Die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“, besser bekannt als Interreg, ist ein zentrales Förderinstrument der Europäischen Union zur Stärkung der länderübergreifenden Kooperation auf regionaler Ebene. Übergeordnetes Ziel ist die Stärkung des Zusammenhalts zwischen den EU-Mitgliedstaaten und die Förderung einer harmonischen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung.

Interreg im Überblick: www.interreg.de



1. Programm Ostseeregion (Baltic Sea Region Programme)

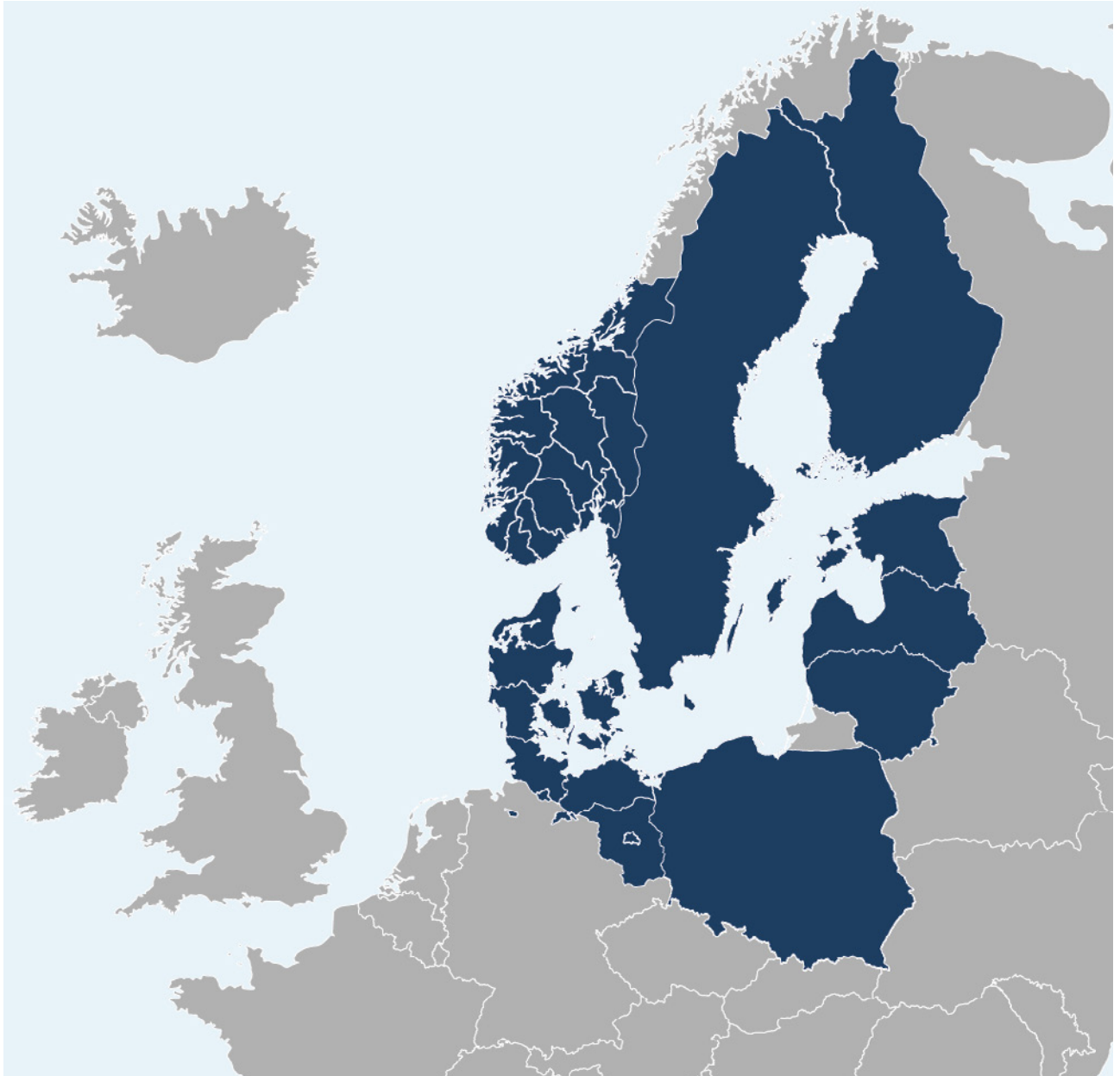
Sitz des Programmsekretariats: Rostock, Deutschland

Das Interreg-Ostseeprogramm (Interreg Baltic Sea Region Programme 2021-2027) unterstützt die integrierte territoriale Entwicklung und Zusammenarbeit für eine innovativere, besser zugängliche und nachhaltigere Ostseeregion. Partner aus Ländern rund um die Ostsee arbeiten in transnationalen Projekten an gemeinsamen zentralen Herausforderungen und Chancen. An dem Programm sind die Ostseeanrainer Dänemark, Estland, Finnland, Litauen, Lettland, Polen, Schweden sowie Norwegen beteiligt.

Ziele: Das Programm verfolgt aktuell vier Prioritäten:

- innovative Gesellschaften,
- wasserintelligente Gesellschaften,
- klimaneutrale Gesellschaften
- gute Governance

in der Zusammenarbeit. Schwerpunkte sind dabei die Energiewende, saubere Gewässer, blaues Wachstum, die Kreislaufwirtschaft sowie grüne Mobilität, aber auch resiliente Volkswirtschaften und flexible öffentliche Dienstleistungen. Darüber hinaus ist das Interreg-Ostseeprogramm von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie.



Aufgaben: Das Interreg-Programm trägt zu einer harmonischen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung der EU als Ganzes bei. Durch das Interreg-Ostseeprogramm 2021–2027 werden Projekte für den Übergang zu einer grünen und widerstandsfähigen Region unterstützt.

Webseite: <https://interreg-baltic.eu/>

Organisation: Das Programmsekretariat in Rostock hält aktuelle Informationen zu Ausschreibungen bereit und berät potentielle Antragssteller. Zudem unterstützt es die Verwaltungsbehörde des Programms (Programme's Managing Authority), den Begleitausschuss (Monitoring Committee) und die Prüfbehörde (Audit Authority).

Deutschsprachige Unterstützung erhalten potentielle Antragsteller bei der Nationalen Kontaktstelle beim Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz Schleswig-Holstein.

Interreg
South Baltic



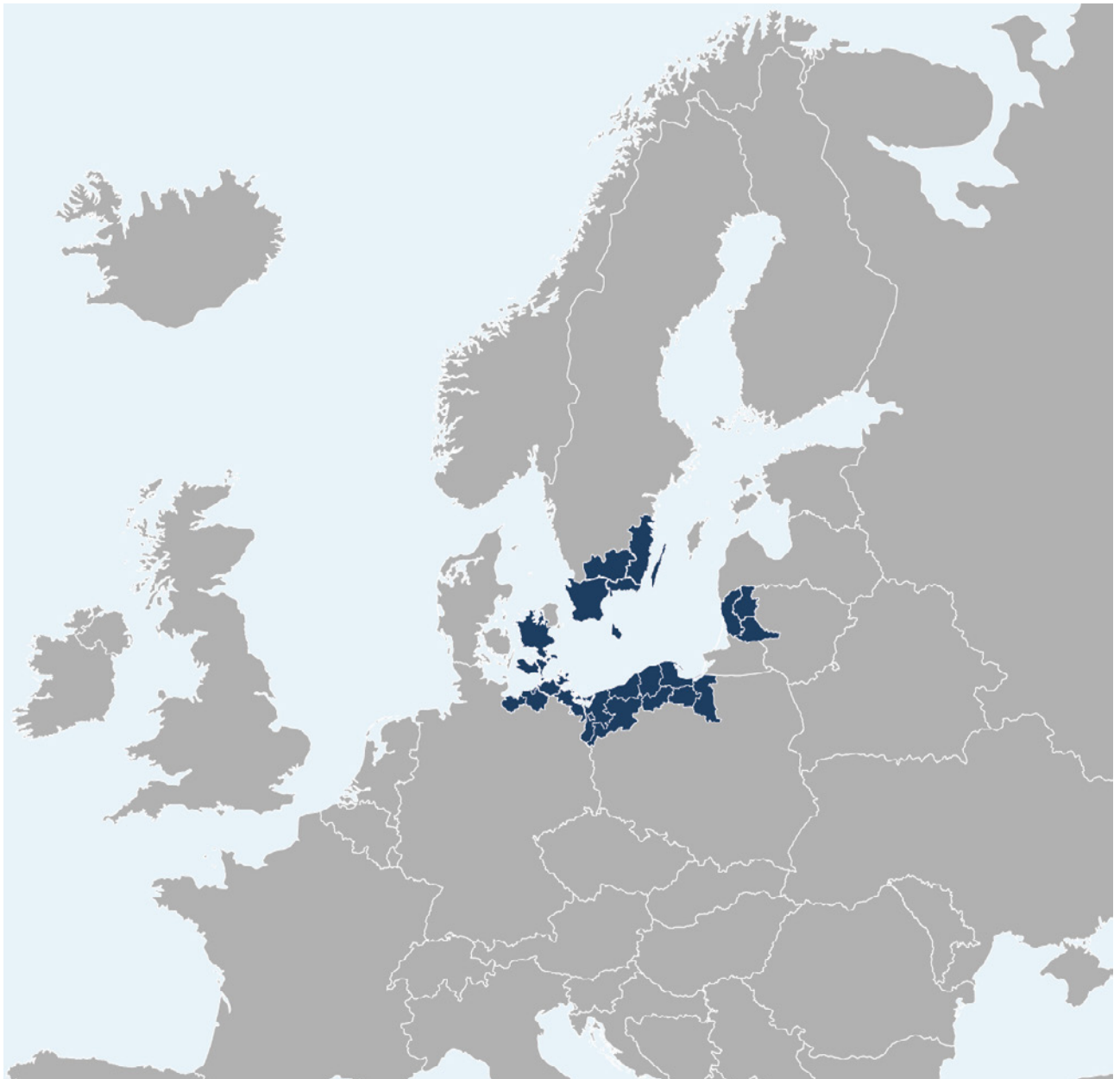
Co-funded by
the European Union

2. Programm Südliche Ostsee (South Baltic Programme)

Sitz: Gemeinsames Sekretariat in Danzig, Polen

Das Interreg-Programm Südliche Ostsee ist eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen lokalen und regionalen Akteuren aus Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Schweden.

Ziele: Ziel der Kooperation ist es, das grüne und blaue Wachstum in der Ostseeregion zu fördern. Blaues Wachstum bezieht sich auf das wirtschaftliche Potential für Wachstum und Jobs. Grünes Wachstum hingegen unterstreicht die Notwendigkeit, wirtschaftliches Wachstum im Gleichgewicht mit der Umwelt zu vollziehen. Dies wird insbesondere durch die Nutzung natürlicher und kultureller Güter des Ostseeraumes in einer nachhaltigen und bewahrenden Art und Weise erreicht. Das Programm verfolgt dabei aktuell vier Prioritäten: eine innovative südliche Ostsee, eine nachhaltige südliche Ostsee, eine attraktive südliche Ostsee und eine aktive südliche Ostsee.



Aufgaben: Aufgabe des Programms ist es, die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen, öffentlichen und privaten Organisationen, Kammern und Verbänden, Hochschul- und Bildungseinrichtungen sowie zwischen Unternehmen im Programmraum in den genannten Schwerpunkten zu fördern.

Entscheidung über die eingereichten Antragsformulare und gegebenenfalls die Entscheidungsfindung über die Projektänderungen.

Webseite: <https://southbaltic.eu>

Organisation: Der Begleitausschuss (Monitoring Committee, MC) ist das wichtigste Entscheidungsgremium des Programms und setzt sich aus Vertretern aller fünf Programm-Mitgliedstaaten, einer gemeinsamen Delegation der Euroregionen Baltic (→ III.D.) und Pomerania (→ III.E.), relevanten Sozial- und Wirtschaftspartnern, Partnern aus der Zivilgesellschaft sowie Forschungseinrichtungen und Universitäten zusammen. Die Europäische Kommission nimmt in beratender Funktion an den Sitzungen teil. Die drei Hauptaufgaben des Begleitausschusses umfassen das Genehmigen der Programmdokumente, das Treffen der endgültigen

Interreg



Kofinanziert von der
Europäischen Union
Dofinansowany przez
Unię Europejską

Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polska

3. Programm Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polska

Sitz: Gemeinsames Sekretariat in Löcknitz

Ziele: Das Kooperationsprogramm Interreg VI A dient der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie der polnischen Woiwodschaft Westpommern. Das Programm ist in der Förderperiode 2021-2027 im Rahmen des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ in den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) eingebettet. Das Programm sieht die Konzentration auf vier strategische Bereiche vor, durch die die weitere Integration des Programmraums unterstützt werden soll:

1. Grenzüberschreitende Innovationspotentiale aktivieren
2. Gemeinsam die Folgen des Klimawandels bewältigen und die Natur bewahren
3. Bessere grenzüberschreitende Teilhabe durch Sprache, Kultur und Tourismus ermöglichen
4. Vertrauen stärken, grenzüberschreitende Entwicklung gemeinsam gestalten

Aufgaben: Das Programm dient der Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Interessensvereinigungen (Vereine, Verbände, Stiftungen), Bildungs- und Ausbildungsträger sowie von Schulen und Hochschulen, Kultureinrichtungen, Tourismusverbände und -organisationen sowie Industrie-, Handels- und Handwerkskammern.



Organisation: Die Verwaltungsbehörde ist beim Programmpartner Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Arbeit und Tourismus, angesiedelt. Das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium der Finanzen und für Europa, die Republik Polen, vertreten durch das Ministerium für Fonds und Regionalpolitik, sind jeweils Koordinierungsbehörden. Das bei der Verwaltungsbehörde ansässige Gemeinsame Sekretariat unterstützt die Arbeit des Begleitausschusses. Der Begleitausschuss leitet die Durchführung des Programms. Er entscheidet über die zu fördernden Projektanträge, kontrolliert die Programmdurchführung und die Programmevaluierung.

Webseite: <https://www.interreg6a.net/>

V. Weitere ausgewählte Strukturen



A. Baltic Ports Organisation (BPO)

Sitz: Tallinn, Estland; Sekretariat in Gdingen, Polen

Gründung: 1991 in Kopenhagen

Mitglieder: 49 Mitglieder, vornehmlich Häfen (u.a. Wismar, Rostock, Stralsund, Sassnitz), und weitere Stakeholder aus dem Ostseeraum.

Ziele: Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Entwicklung der Hafenwirtschaft und hafenaaffiner Industrie im Ostseeraum.

Aufgaben: Die BPO unterstützt ihre Mitglieder bei Fragen zum Umweltschutz, z.B. wie Umweltmanagement in den Häfen umgesetzt wird. Sie organisiert Fachkonferenzen, Seminare und Studienreisen zu Fragen des Hafenbetriebs und -managements sowie zu den Umweltauswirkungen von Hafenaktivitäten. Die BPO unterstützt und beteiligt sich aktiv an Forschung, Wissenschaft und Ausbildung, die zu einem besseren Verständnis des Transportsektors in der Region führen und zukünftige Herausforderungen untersuchen. Die BPO vertritt ebenfalls die Interessen der Ostseehäfen gegenüber den EU-Institutionen und anderen relevanten Organisationen, bspw. im internationalen Umweltdialog.

Organisation: Die BPO verfügt über zwei Organe, die Generalversammlung und den Vorstand. Die Organisation ist als gemeinnütziger Verein nach estnischem Recht in Tallinn registriert und ihr Sekretariat befindet sich in Gdingen, Polen. Das BPO-Sekretariat leitet das Tagesgeschäft, organisiert Sitzungen, übernimmt die Abstimmung zu Konferenz- und Forumsthemen, betreut die Kommunikation mit den Mitgliedern und formuliert Beiträge zu Fragen von gemeinsamem Interesse.

Die inhaltlichen Themen werden aktuell in den Arbeitsgruppen Umwelt, Kreuzfahrten, Digitalisierung, Offshore-Windenergie sowie übergreifende Fragestellungen behandelt.

Webseite: <https://www.bpoports.com>



B. Baltic Region Heritage Committee (BRHC)

Sitz: Stockholm, Schweden

Gründung: 1998

Mitglieder: Die Mitglieder repräsentieren die nationalen Stellen, die für das kulturelle Erbe zuständig sind. Die beteiligten Länder unter dem Dach des Ostseerates (→ I.A.) sind Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein), Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Schweden.

Ziele: Das Ziel des BRHC besteht darin, dafür zu sorgen, dass das kulturelle Erbe in der Region als wichtige Ressource für die prosperierende, innovative und wettbewerbsfähige Region identifiziert, anerkannt, aufgewertet, bewahrt und genutzt wird.

Aufgaben: Die Aktivitäten konzentrieren sich sowohl auf den intrinsischen Wert des kulturellen Erbes als auch auf dessen nachhaltige Bewirtschaftung. Das BRHC fördert das Potential des kulturellen Erbes als strategische Ressource für die Entwicklung der Ostseeregion. Die Arbeit der Ausschüsse ist in drei Arbeitsgruppen unter der Aufsicht des BRHC organisiert:

- Unterwasserkulturerbe – Ziel ist es, die Auswirkungen und den möglichen Inhalt eines regionalen Abkommens zum Schutz des Unterwasserkulturerbes in der Ostsee

zu untersuchen. Dazu gehört das Verbot für CBSS-Staatsangehörige und Schiffe unter der Flagge von Mitgliedstaaten, historische Wracks und archäologische Strukturen zu beschädigen.

- Küstenkultur und maritimes Erbe – Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Bezug auf die Küstenkultur und ihre Entwicklung zu vertiefen und die Aufmerksamkeit auf Strategien für eine nachhaltige Nutzung der Küstengebiete zu lenken. Besondere Aufmerksamkeit soll der Dokumentation und Präsentation der Küstenkultur in Form von Forschung und Ausstellungen gewidmet werden.
- Baukultur des 20. Jahrhunderts – Ziel ist es, ein tieferes Wissen über das Baukulturerbe der Nachkriegszeit, seine Architektur und darüber zu entwickeln, wie die Kommunalplanung in der Region zu einem besseren Verständnis der verschiedenen in dieser Ära verankerten Werte beitragen und in der Folge die notwendige Vermittlung an Entscheidungsträger erleichtern kann.

Organisation: Der Vorsitz wechselt jährlich entsprechend der Präsidentschaft des Ostseerats zwischen den Mitgliedstaaten.

Webseite:

<https://cbss.org/baltic-heritage/>



C. Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN)

Sitz: Stockholm, Schweden

Gründung: 1999

Mitglieder: Das Forum besteht aus 19 Gewerkschaften aus zehn Staaten.

Ziele: BASTUN hat sich zum Ziel gesetzt, den sozialen Dialog, Tarifverhandlungen, dreigliedrige Strukturen und Zusammenarbeit sowie die soziale Dimension als Teil der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wachstums zu fördern. BASTUN ist bestrebt, humane und gerechte Gesellschaften, soziale Rechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Löhne für alle im Ostseeraum zu etablieren.

Aufgaben: Im Forum werden neue Initiativen, Partnerschaften und internationale Kontakte gefördert und entwickelt. Neben der Organisation von Veranstaltungen und Konferenzen versucht BASTUN, auf politische Entscheidungsträger in der Region Einfluss zu nehmen und koordiniert gemeinsame Projekte. Ebenfalls greifen sie Tendenzen und aktuelle Themen auf, die den Ostseeraum betreffen und vermitteln diese den Mitgliedern ihres Netzwerkes.

Organisation: Die Präsidenschaft rotiert jährlich und orientiert sich an der Präsidenschaft im Ostseerat (→ I.A.). Der Vorsitz und das Sekretariat bilden ein Vorbereitungs- und Exekutivorgan, während die BASTUN-Sitzungen im Frühjahr und Herbst die Rolle des kollektiven Entscheidungsträgers übernehmen. Konferenzen mit hochrangigen Vertretern finden alle zwei Jahre statt.

Webseite: <https://nfs.net/en/bastun>



**BALTIC SEA REGION
YOUTH FORUM**

D. Baltic Sea Region Youth Forum (BSRYF)

Sitz: Stockholm, Schweden

Gründung: 2022, als Nachfolge der Baltic Sea Youth Plattform

Mitglieder: Das Ostsee-Jugend-Forum (BSRYF) ist Nachfolger der Ostsee-Jugend-Plattform. Um eine gewisse Flexibilität zu bewahren und sicherzustellen, dass das BSRYF jugendorientiert ist, ist es nicht in die offizielle Struktur des Ostseerats (→ I.A.) eingebettet.

Dennoch nimmt das Sekretariat des Ostseerats administrative Aufgaben für das BSRYF wahr.

Ziele: Insgesamt soll das BSRYF eine sinnvolle Jugendbeteiligung und Jugendkooperation im Ostseeraum fördern. Seine spezifischen Ziele sind die Schaffung von Vernetzungsmöglichkeiten für Jugendorganisationen, -initiativen und Einzelpersonen im Ostseeraum, um eine breite Repräsentation und den Einfluss junger Menschen, die in der Region aktiv sind, zu gewährleisten. Außerdem gehört die Aufklärung junger Menschen über die Entscheidungsfindung im Ostseeraum dazu – und die der Entscheidungsträger darüber, wie eine sinnvolle und wertvolle Beteiligung junger Menschen gewährleistet werden kann. Weiterhin soll die Übermittlung von Meinungen und Erleichterung der Kommunikation über Initiativen zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträgern im Ostseeraum gefördert werden.

Aufgaben: Die Aufgaben des Forums sind breit gefächert. Dazu gehören u.a. die Organisation von regelmäßigen Online-Netzwerktreffen, die Erarbeitung und Veröffentlichung von politischen Empfehlungen, die Veranstaltung eines jährlichen Treffens der Interessenvertreter von Jugendorganisationen, die Unterstützung der Ostseerats-Präsidentschaft bei der Durchführung eines Jugendministerforums, die Koordinierung von spezialisierten Untergruppen und Jugendarbeitsgruppen, die Unterstützung von Aktivitäten in anderen Gremien, die Umsetzung einer Kommunikationsstrategie sowie die Durchführung von Forschung, Analyse und Überwachung von Themen im Rahmen des BSRYF.

Organisation: Das BSRYF ist ein offenes Format für die Zusammenarbeit von Jugendlichen und soll eine konstruktive Beteiligung von Jugendlichen im Ostseeraum ermöglichen. Sein Leitungsgremium ist die Lenkungsgruppe (Steering Group, SG). Der Ausschuss der Jugendvertreter (Committee of Youth Representatives, CYR) ist das Legislativorgan, das Vorschläge für die Arbeit zu den Hauptthemen und Prioritäten des Ostseerats ausarbeitet.

Webseite: <https://cbss.org/cbss-bodies/other-bodies/baltic-sea-region-youth-forum>



E. Coalition Clean Baltic (CCB)

Sitz: Uppsala, Schweden

Gründung: 1990 in Helsinki

Mitglieder: mehr als 25 Umweltorganisationen aus allen Ostseeanrainerstaaten

Ziele: Die Nichtregierungsorganisation (NRO) verfolgt das Ziel, einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen, der sicherstellt, dass ihre marinen und terrestrischen Ökosysteme in der Lage sind, die biologische Vielfalt zu erhalten und zu bewahren, und gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum zu unterstützen.

Aufgaben: Die CCB arbeitet hauptsächlich durch Umwelterziehung und andere Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, aber auch durch konkrete Kooperationsprojekte vor Ort, die von den nördlichen Ostsee-Anrainerstaaten finanziert werden.

Organisation: Die NGO ist als Verein nach schwedischem Recht organisiert. Das internationale Sekretariat in Uppsala koordiniert die Projekte und wirbt Fördergelder ein. Die Aufgaben werden in einem Aktionsplan festgehalten. Alle Aktivitäten werden von den Mitgliedsorganisationen unter deren Leitung und mit Unterstützung der Leiter der Arbeitsbereiche und des internationalen Sekretariats durchgeführt. Alle Ergebnisse werden in Jahresberichten festgehalten und auf der Homepage veröffentlicht. Neben einem Geschäftsführer gibt es Mitarbeitende, die spezifische Themenfelder verantworten, sowie Verantwortliche für Finanzen und Organisationsentwicklung.

Webseite: <https://www.ccb.se>



F. ScanBalt

Sitz: Tartu, Estland

Gründung: 2019

Mitglieder: ScanBalt ist ein Innovationsnetzwerk, das akademische und industrielle Forschung, Universitätskliniken und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Studienzentren und hochspezialisierte Anbieter aus den Bereichen Pharma, Biotechnologie und Medizintechnik aus verschiedenen europäischen Ländern und Regionen zusammenführt. Partner aus Mecklenburg-Vorpommern sind die BioCon Valley GmbH, die Witenö GmbH und die Universität Greifswald.

Ziele: Die Vereinigung fördert Innovation und Wirtschaft, die interregionale Zusammenarbeit, den Abbau von Barrieren, die Verbesserung der Sichtbarkeit und die Anziehung von Ressourcen.

Aufgaben: ScanBalt sieht sich als Denkfabrik, Netzwerk und Impulsgeber für die Zusammenarbeit von Unternehmen, Regionen und Clustern. Es fungiert als Beschleuniger zur Förderung von Projekten, die Koordinierung von Finanzierungsquellen und zur intelligenten Spezialisierung.

Organisation: ScanBalt ist eine mitgliederbasierte Organisation. Das höchste Entscheidungsgremium ist die Generalversammlung, die über die Statuten und die Höhe der Mitgliederbeiträge entscheidet sowie den Vorstand bei der strategischen Entwicklung des Vereins berät. Das Exekutivkomitee steuert die Organisation und entscheidet im Wesentlichen über die Strategieentwicklung. Das Präsidium vertritt ScanBalt nach außen und überwacht die Geschäftsführung. Das Sekretariat unterstützt das Exekutivkomitee und das Präsidium. Darüber hinaus gibt es ein ScanBalt Verbindungsbüro, welches bei der BioCon Valley GmbH in Greifswald angesiedelt ist.

Webseite: <https://scanbalt.org>



G. SUBMARINER – Network for Blue Growth

Sitz: Berlin, Deutschland

Gründung: 2014

Mitglieder: Im Konsortium sind über 60 Mitglieder vertreten.

Das SUBMARINER-Netzwerk ist ein 2014 eingerichtetes Flaggschiffprojekt der EU-Ostseestrategie im Politikbereich Innovation (→ IV.A.). Es repräsentiert die blaue Wirtschaft auf makroregionaler Ebene. Das Netzwerk ist zudem eine Plattform, die Akteure aller Ebenen der Ostseeregion und darüber hinaus miteinander verbindet.

Ziele: Ziel des Netzwerkes ist es die innovative und nachhaltige Verwendung von Meeresressourcen zu fördern, um die Meeresumgebung zu schützen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Der Ostseeraum wird als ein biobasiertes Innovations-schaufenster angesehen. Durch Treffen, Workshops und Konferenzen wird den Netzwerkmitgliedern eine kontinuierliche Plattform für Kommunikation, Erfahrungsaustausch, gemeinsame Projektentwicklung und -umsetzung geboten.

Aufgaben: Das SUBMARINER-Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, Akteure aus dem Ostseeraum zusammenzubringen, um eine innovative und nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen zu fördern. Damit soll zum einen die Meeresumwelt geschützt und zum anderen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung vorangebracht werden. Das SUBMARINER-Netzwerk koordiniert und beteiligt sich an Projekten der nachhaltigen blauen Wirtschaft, die von Institutionen wie der Europäischen Union und nationalen Behörden finanziert werden. Die Projekte sind für eine erfolgreiche Umsetzung auf transnationale Partnerschaften angewiesen.

Organisation: Das Netzwerk vereint Behörden, Forschungseinrichtungen, die Zivilgesellschaft sowie Privatunternehmen und versucht lokale Perspektiven in transnationale Rahmenwerke einzubinden. Das SUBMARINER-Netzwerk ist eine eingetragene gemeinnützige Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV, oder European Economic Interest Grouping, EEIG). Eine EWIV muss Mitglieder aus mindestens zwei Mitgliedstaaten haben. Ihr Zweck ist es, die grenzübergreifende wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder zu befördern.

Webseite:

<https://submariner-network.eu/>



→ Haben auch Sie Interesse an Kooperationen im Ostseeraum oder Lust bekommen, sich im Rahmen der Ostseekooperation zu engagieren, kontaktieren Sie uns!

Telefon: Ostseereferat +49 (0) 385 588 18220
Mehr Infos: www.mv-ostseestrategie.de

www.mv-ostseestrategie.de

